Posener Zeitung.

№ 288. Sonnabend den 9. December. 1848.

Inland.

Berlin, den 8. Decbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Obersten von Döring, aggregirt dem 9. Infanterie-Regiment (Kolberg), den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; so wie dem Hofrathe Niedlich zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Kanzleidiener Schön daselbst das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm ist gestern Abend von Potsdam nach Münster abgereist.

Potsdam, den 5, Decbr. Se. Königl. Hoheit der Erzherzog Ferdinand von Oesterreich Este der Jüngere ist von Olmütz hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgetreten.

Der bisherige Land- und Stadtgerichts-Rath Tschuschke ist zum Justiz-Kommissarius bei dem Ober-Landesgerichte zu Posen, unter gleichzeitiger Gestattung der Praxis bei dem dortigen Ober-Appellationsgerichte unter Beilegung des Charakters als Justizrath, und zugleich widerruflich zum Notarius im Departement des Ober-Landesgerichts zu Posen, vom 1. Januar 1849 ab; und der bisherige Kammergerichts-Secretair, Justizrath Vogler, zum Justiz-Kommissarius bei dem Kammergerichte und zum Notar im Bezirk desselben ernannt worden.

CP (Ueber das Unglück Ober-Bürgermeister zu sein.)
Eine Stadt regieren oder bombardiren, ist eine wahre Kleinigkeit, allein die politische Meinung derselben richtig und auf die Dauer zu repräsentiren, ist eine Aufgabe, die mit dem Stein der Weisen zu vergleichen wäre. Beispiele erläutern die Sache. Der Ober-Bürgermeister Berlins, Herr Krausnick, war zur Zeit des Vereinigten Landtags auf der Höhe der politischen Weisheit seiner Stadt; da rückte der 18. März in's Land und der ganze Schatz ging mit dem Amte verloren.

Der Ober-Bürgermeister von Elbing, Herr Phillips, dachte „das soll dir eine gute Lehre sein; die Stelle ist nicht übel, ich will mein Gebet nach dem Friedrichshain richten!" Wie gesagt, so gethan!

Der gute Mann lief mit der Linken durch Dick und Dünn, ohne auf ein wenig Schmutz zu achten, und schloß mit dem erhabenen Akte der Steuerverweigerung. „Zu spät!" Berlin ist heut reaktionair, und Elbing schließt dem Vice-Präsidenten des Rumpfes seine Thore!

„Mein Kollege hat den Wind ein wenig zu scharf genommen," sprach der Ober-Bürgermeister Ziegler von Brandenburg. Er küßte inbrünstig die Fahne des aus Holstein heimkehrenden Regiments, und hielt eine feierliche vaterländische Rede, ob der die alten Mütterchen noch weinen! Drauf ließ er sich für seinen König viertheilen und reiste mit Gott nach Berlin. Allein den doppelten Ritter verließ sein guter Genius im Konzertsaal, drum fiel er in die unbarmherzigen Netze der Linken. Ohne Portefeuille kehrte der Ehrenmann heim — und zeigt sich seinen guten Bürgern nur incognito!

Ober-Bürgermeister Steinberger in Köln machte keine Geschäfte in Politik und das Ding ging vortrefflich. „Du hast der Götter Gunst erfahren!" riefen seine Freunde; da bricht der unblutige Aufruhr aus und hinter den unvertheidigten Barrikaden nimmt der Vater der Stadt seinen Abschied.

Der würdige Ober-Bürgermeister von Prenzlau versuchte es, einen politischen Rumpf ohne Kopf und Rechte — zu einem harmonischen Ganzen umzuformen, allein die spröden Scherben ließen sich nicht verhindern; besser würde das energische Mittel Cromwells gerathen sein.

Nr. 5, der Ober-Bürgermeister von Königsberg schweift noch allein, gleich einem politischen Kometen, am Horizonte; wenn wir indessen seine Bahnen richtig berechnen, so wird auch er sich am Throne den Kopf zerstoßen.

Aus alle dem ziehen wir die Lehre: ein Ober-Bürgermeister möge mit fester Hand seine Stadt regieren und Land und Leute dem Könige überlassen — sonst wird immer ein Unglück daraus!

PC Berlin, den 5. Dezember. Der Staatsanwalt beim Kammergericht will gegen diejenigen Mitglieder der National-Versammlung, welche am 15ten den Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt und denselben durch Verkündigung in den Provinzen oder sonst, zur Ausführung gebracht haben, Anklage erheben. — Der Fürst zu Lippe-Schaumburg hat um ein Militair-Commando von Minden zu seinem persönlichen Schutz gebeten, wegen Aufregung, die unter den dortigen Bauern herrscht. — Man sprach diesen Morgen in Berlin davon, daß die Bildung eines Ministerii Vincke nahe bevorstehe. Simson wurde als Justiz-Minister genannt. — Das nachstehende, an den Alterspräsidenten von Brünneck gerichtete Schreiben verdient noch mitgetheilt zu werden:

Ew. 2c. haben gestern, faktisch das Präsidium führend, obwohl die National-Versammlung eine Vertagung bis Montag den 4. d. M. in beschlußfähiger Anzahl verworfen hatte, die Sitzungen bis zum nächsten Donnerstag vertagt.

Eine solche Anordnung ist ganz ungerechtfertigt, da ein desfallsiger von einer nicht beschlußfähigen Anzahl Abgeordneter gefaßter Beschluß offenbar nichtig ist. Wir Unterzeichneten sehen uns hierdurch veranlaßt förmlich zu erklären, daß wir heute bereit gewesen sind, einer Sitzung beizuwohnen, und daß wir uns alles Rechtliche in Betreff der ungesetzlichen Vertagung vorbehalten müssen.

Gegenwärtiges hat zugleich den Zweck, unsere Anwesenheit und unsere Bereitwilligkeit zu constatiren, den ferneren Sitzungen der National-Versammlung beizuwohnen. Berlin, den 2 Dezember 1848.

Folgen 72 Unterschriften, darunter v. Kirchmann, Uhlich, Pilet, Kämpf, Kunth 2c. 2c.

Berlin, den 7. Dec. In diesen Tagen wird dem Ministerium für Handel und Gewerbe eine Denkschrift überreicht werden, welche auf das schlagendste nachweist, daß wenigstens mehrere westliche Provinzen von fremdem Salze emancipirt werden können. Es wird in dieser Schrift gerügt, daß z. B. der Regierungsbezirk Aachen noch fortwährend Salz vom Auslande bezieht, während die Hälfte der Soole des Rollmanns-Brunnens bei Heeren nutzlos verläuft. Sie könnte allein 50,000 Last Salz liefern, welche auf dem Bahnhof Aachen wenigstens 6—8 Thlr. per Last billiger sein würden, als das ausländische Salz. Die Benutzung dieser Soole würde zugleich eine sehr vortheilhafte Rückwirkung auf den Bergbau im Hörder und Dortmunder Revier, so wie auf die Rentabilität der Köln-Mindener Eisenbahn, an welcher bekanntlich der Staat betheiligt ist, äußern.

— In den letzten Tagen war der Zudrang zu dem Büreau, in welchem die Einzahlungen zur freiwilligen Anleihe angenommen werden, so stark, daß es bei dem besten Willen schwer hielt, alle Die, welche Geld brachten, zu ihrer Befriedigung abzufertigen. Wenn die Zahlungen noch einige Zeit in so bedeutenden Summen, wie in den letzten Tagen, eingehen, so dürfte vorläufig eine Zwangs-Anleihe unnöthig werden.

— Vorgestern Nachmittag wurde auf dem Bahnhofe in Brandenburg von dem Abgeordneten Uhlich eine Volksversammlung abgehalten, zu welcher sich etwa 100—150 Zuhörer eingefunden hatten. Hr. Uhlich tadelte das Verfahren der Regierung und sagte, daß, so schwer es auch seinen Collegen würde, sie sich dennoch am Donnerstag in Brandenburg einfinden würden. Auch die Abg. Siebert und Riedel (Pyritz) sprachen in gleichem Sinne.

Oldenburg. — Sitzung vom 4. Dec. Die lange erwartete Verhandlung über die für die Regierungszeit des Großherzogs zu bestimmende Größe der Civilliste fand heute unter ungewöhnlichem Zudrang von Zuhörern statt. Aus dem Ausschußberichte, welcher vorgetragen wurde, entnehmen wir Folgendes: „Das Land spricht gegen die Höhe der geforderten Summe (180,000 Rthlr. nebst 24,000 Rthlr. Appanagen); von den Ministern ist die Verhandlung darüber nicht zur Vertretung, nur zur Vermittelung übernommen, und der Landtag soll die richtige Gegenzahl finden." — „Eine Wahrheit darf der Ausschuß nicht zurückhalten: in den langen Friedensjahren, in welchen der Hof 270,000 Rthlr. jährlich verausgabte, (aus Domainen, Landeskasse und fürstlichem Privatvermögen) haben die Geldmittel zu den Chausseebauten gefehlt, sind dazu Anleihen genommen, sind noch andre Schulden gemacht, so daß unser schuldenfrei geglaubtes Großhrzogthum jetzt 1,355,200 Rthlr. Staaatsschuld zu tragen hat." — „Einnahme und Ausgabe stehen in der jetzigen Verwaltung nicht günstig zueinander. Dazu jetzt schon neue Militairlast, in Aussicht stehende Reichslast und unvermeidliche erhöhte Steuer. Jeder nothwendigen Vermehrung der Abgaben sollte eine Ersparung am Hofe zur Seite stehen. Dennoch müssen wir freudig anerkennen: das Großherzogthum ist nicht überlastet, es kann auch seine Zukunft tragen. So ist der Ausschuß einstimmig in dem Gutachten; die Civillisten werden vereinbart mit dem Großherzoge für die ganze Dauer seiner Regierung auf die Jahressumme von 100,000 Rthlr., mit dem Erbgroßherzoge bis auf weiteren, aber nicht vermindernden Landtagsbeschluß auf jährlich 15,000 Rthlr. und sei daneben die Erklärung abzugeben: daß der Staaat eine Verbindlichkeit an die großherzoglichen Descendenten und Seitenverwandten ferner Appanagen zu zahlen, zur Zeit nicht anerkenne." — Gegen diesen Antrag des Ausschusses erhob sich der Abgeordnete Luerssen (Landmann aus dem Amte Elsfleth), welcher mit würdigen ernsten Worten darauf hinwies: das Land erwarte Steuerverminderung. Die überraschende Kunde von der hohen Staatsschuld habe diese Erwartung schon sehr getäuscht; Vermehrung des Militairbestandes stelle noch mehr Ausgaben als unvermeidlich in Aussicht. Das Verlangen des Volkes nach Sparsamkeit sei daher nicht abzuweisen. Er beantragte als Civilliste 85,000 Rthlr. für den Großherzog, 15,000 Rthlr. für den Erbgroßherzog. Würdige Stellung des Fürsten sei auch sein Wunsch; diese sei aber nicht zu suchen im Hofglanz und in einem Heer von Bedienten. Liebe und Glück des Landes sei des Großherzogs höchste Würde! — Dieser Antrag war unterstützt. Da Niemand mehr das Wort nahm, stellte der Präsident zuerst den Antrag des Abgeordneten Luerssen zur Abstimmung; derselbe wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt; der Antrag des Ausschusses alsdann aber in Beziehung auf 100,000 Rthlr. für den Großherzog gegen 5 Stimmen (da eine von jenen 6 Stimmen übergetreten war) in Beziehung auf die Civilliste des Erbgroßherzogs aber einstimmig angenommen.

Altenburg, den 3. November. Die verstorbene Herzogin ist gestern einstweilen in aller Stille in der Schloßkirche beigesetzt worden; erst später wird man ihren Leichnam in das fürstliche Erbbegräbniß auf hiesigem Gottesacker überführen. Mit einem unter den vorliegenden Verhältnissen jedenfalls ganz richtigen Takte hat man die Landestrauer nur auf drei Tage beschränkt. Der viel geschmähten Frau weint nun eine große Menge armer Familien nach, deren stille Wohlthäterin sie war. Erst jetzt kommt es an den Tag, wie viel Gutes sie gethan hat.

Mannheim, den 1. Dec. Die Freiburger Zeitung schreibt in Betreff einer etwaigen Sperre gegen die Schweiz: Die statistischen Uebersichten über den Verkehr Deutschlands mit der Schweiz liefern den Beweis, daß letztere dem erstern mehr rohe Produkte und Fabrikate abnimmt, als umgekehrt der Fall ist. In die Schweiz geht eine ungeheure Quantität Früchte aller Art, nahezu der ganze Bedarf der Schweiz an Früchten wird aus den südlichen Theilen von Baden, Würtemberg und Bayern geliefert (wir wollen nur an die Fruchtmärkte in Lindau und Ueberlingen erinnern); ferner gehen in die Schweiz Wein, Holz, Schmalz (aus Baiern), Taback und Cichorien (Baden), Salz (Würtemberg), Eisen-, Glas-, Leinen-, Wollwaare und viele andere. Denken wir uns auf einmal diesen ganzen Verkehr abgeschnitten, welcher unberechenbare Verlust für die Landwirthe und Fabriken, um so mehr, da alle Gewerbe danieder liegen, wenn noch die Hauptader des Absatzes abgeschnitten wird! Der Absatz

der Schweiz nach Deutschland ist außer einigen begünstigten Artikeln, wie Wein, Käse, Vieh, unbedeutend, um so mehr, da den Handel mit Fabrikaten nach Deutschland hohe Zölle hemmen, was umgekehrt nicht der Fall ist. Die Störung des Absatzes aus der Schweiz wäre allerdings von Nachtheil für dieselbe, allein derselbe stände in gar keinem Verhältniß zu jenem von Deutschland.

Frankfurt, den 29. Nov. Die Reichscentralgewalt den diplomatischen Fähigkeiten ihres Gesandten in Italien Hrn. Heckscher, vielleicht mit Hinsicht auf bekannte Mißerfolge an den Höfen von Turin und Neapel mißtrauend, hat zu ihrem Vertreter beim heil. Stuhle den Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst ernannt, der auch bereits in Begleitung des Hrn. Schack, der ihm als Legationssecretair beigegeben wurde, nach seiner Bestimmung abgegangen ist. — An die Stelle des in das Oesterreichische Ministerium berufenen Hrn. v. Bruck, ist der bisherige Ministerresident bei den freien Städten, Freiherr v. Mensbaagen, zum Kaiserlichen Oesterreichischen Bevollmächtigten bei der Reichs-Centralgewalt ernannt worden.

Frankfurt a. M., den 2. Dec. (F. P. A. Z.) 127. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Vice-Präsident Riesser eröffnet die Sitzung gegen 9½ Uhr Vormittags, indem er mehrere neueingetretene Mitglieder, darunter die Abgeordneten Springe und Goldmann den Abtheilungen einreiht und einige neuerdings eingegangene Flottenbeiträge zur Anzeige bringt. Hillebrandt berichtet Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die in dieser Kommission zu Ende gebrachte Vorlage über das „Heimatsgesetz.“ von Sommaruga erstattet Namens des Ausschusses für die österreichische Frage Bericht über den Antrag des Abgeordneten Zimmermann aus Spandow, die angeblich zu Wien durch Militatrpersonen verübten Gräuelthaten betreffend. Der Antrag des Ausschusses lautet: „Die National-Versammlung wolle in Erwägung der hohen Wichtigkeit, daß das deutsche Volk über die Grundhältigkeit der im Antrage des Herrn Zimmermann von Spandow enthaltenen Angaben über angeblich bei den letzten Ereignissen in Wien stattgehabten Vorgänge durch eine vollkommen unbefangene Erhebung des wahren Sachverhältnisses Aufklärung erlange, das Reichsministerium auffordern, den nach Oesterreich abgesendeten Reichskommissären ungesäumt den Auftrag zu ertheilen, an Ort und Stelle den Thatbestand der in Folge der Wiener Ereignisse gemeldeten Gräuelthaten auf das Genauste zu erheben und darüber zu berichten, inwieweit das Gesetz gehandhabt ist, um die Urheber solcher Handlungen zur Strafe zu ziehen. von Schrenck, Mitglied des Ausschusses, stimmt diesem Antrage nicht bei. Unter den verschiedenen Interpellationen und Beantwortungen solcher heben wir nur folgende hervor, die der Reichs-Justizminister R. Mohl giebt. Hinsichtlich der standrechtlichen Bedrohungen zu Wien, wovon eine Interpellation des Abgeordneten Berger handle, so habe das gesammte Reichs-Ministerium in einer ausführlichen Darstellung an die österreichische Regierung sich gewendet und die Aufhebung sämmtlicher über Wien verhängter Ausnahms-Maßregeln verlangt. Speziell habe das Reichs-Justiz-Ministerium die nach Wien entsandten Reichs-Kommissäre beauftragt, den österreichischen Justiz-Minister auf die bekannte Proclamation des General Cordon aufmerksam zu machen, wozu das Reichs-Ministerium im Interesse der Menschlichkeit sich veranlaßt gefunden habe. Eine Interpellation des Abgeordneten Blumröder an das Reichs-Ministerium, betreffend die von dem Reichs-Ministerium angeordneten Maßregeln zur Ueberwachung der politischen Vereine, so habe das Reichs-Ministerium lediglich statistische Notizen verlangt, um einen Ueberblick über die Zustände des Associationswesens in Deutschland zu erhalten; eine förmliche Untersuchung sei mit dieser Verfügung nicht beabsichtigt gewesen. Etwaige Klagen gegen die Ausführung dieses Erlasses seien bei den betreffenden Behörden zu erheben; unmöglich aber dürfe die Centralgewalt in allen diesen Fällen als eine Rekursbehörde angesehen werden. Es wird zur Tagesordnung geschritten. Der Gesetzentwurf des volkswirthschaftlichen Ausschusses, die Aufhebung der Flußzölle betreffend, lautete: „§. 1. Alle schiffbaren Flüsse, welche verschiedene deutsche Staaten durchströmen oder begränzen, sind auf deutschem Gebiete bis ins Meer für deutsche Schifffahrt frei von allen das Schiff oder die Waare treffenden Zöllen und Abgaben, mit Einschluß der Brückendurchlaßgelder. Gleiches gilt von der Holzflößerei auf den vorgedachten schiffbaren Flußstrecken. Von fremden Schiffen und deren Ladung dürfen nur durch die Reichsgewalt Wasserzölle u. dgl. Abgaben erhoben werden, und fließen solche in die Reichskasse. §. 2. Die bisherigen Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleusen- u. dgl. Gebühren in den an diesen Flüssen gelegenen Orten bleiben bis auf weitere Anordnung bestehen. §. 3. Die Erhaltung und Verbesserung des Fahrwassers, so wie des Leinpfades der bezeichneten Flüsse, liegt dem Reiche ob. Doch haben bis auf weitere Verfügung durch das Reich die Einzelstaaten, welchen die Unterhaltung dieser Flüsse bisher oblag, dieselbe auch ferner zu beschaffen, unter Oberaufsicht einer von der provisorischen Centralgewalt sofort niederzusetzenden Flußschifffahrts-Behörde und gegen Erstattung der von dieser gebilligten Ausgaben aus der Reichskasse. §. 4. Bis zur Erlassung einer Flußschifffahrts-Ordnung durch die Reichsgesetzgebung bleiben die bestehenden Schifffahrtsakten und Regulative, mit Ausnahme der auf die genannten Zölle und Abgaben sich beziehenden Bestimmungen, in Wirksamkeit. §. 5. Hinsichtlich der Benutzung der Wasserstraßen, Schifffahrtsanstalten, so wie hinsichtlich aller in diesem Gesetze erwähnten Abgaben, sollen alle Angehörigen des deutschen Reichs völlig gleichgehalten werden; insbesondere darf kein Unterschied in der Art stattfinden, daß dadurch eine Begünstigung der Angehörigen, der Schiffe, der Landungsplätze oder des Handels des einen deutschen Staats vor denen des anderen bewirkt wird. §. 6. Vorstehendes Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1849 in Wirksamkeit. §. 7. Ob und in welcher Weise den einzelnen Staaten, Gemeinheiten oder Personen für den Wegfall der reinen Einnahmen aus den aufgehobenen Zöllen und Abgaben eine Entschädigung zu gewähren sein möchte, wird durch ein Reichsgesetz entschieden werden.“ Lette aus Berlin stellt folgenden präjudiziellen Antrag: „In Erwägung, daß die im Gesetzentwurf über Aufhebung der Flußzölle enthaltenen Grundsätze mit den zum Art. V, §§. 25—28 beschlossenen Verfassungs-Bestimmungen nicht mehr durchweg übereinstimmen, so wie mit Rücksicht darauf, daß, den beiden Minoritätserachten des Ausschusses zu jenem Gesetz-Entwurf gemäß, zur vollständigen Regelung des Gegenstandes noch anderweite Vorbereitungen und Verhandlungen erforderlich sind, — beschließt die National-Versammlung: daß der vom Volkswirthschafts-Ausschuß vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Flußzölle, der Centralgewalt mit der Anforderung zu überweisen ist, die noch erforderlichen Vorbereitungen und Verhandlungen zur vollständigen Regelung des Gegenstandes zu bewirken und der National-Versammlung alsbald einen anderweiten Gesetz-Entwurf vorzulegen. M. Mohl spricht die Ueberzeugung aus, daß durch die Annahme dieses präjudiziellen Antrages die Aufhebung der Flußzölle todtgeschlagen werde. Mache man dazu noch diese Aufhebung von Verhandlungen mit Holland abhängig, wie es den Anschein habe, so werde die Abschaffung der Flußzölle eben so wenig jetzt, als in den verflossenen achthundert Jahren erfolgen. Auch durch ein Seaatenhaus, eine Vertretung partikularistischer Interessen, sei diese Aufhebung nie zu erlangen. Wolle man aber den Actionairen der kölnischen und der nordischen Eisenbahnen einen Gefallen erweisen, so müsse man allerdings den präjudiziellen Antrag des Abgeordneten Lette annehmen.

(Schluß folgt.)

Frankfurt, den 4. Dec. Die Herren v. Vincke und v. Gagern sind gestern früh wieder aus Berlin hier angekommen. Bestimmte Zusagen haben Beide nicht erhalten, wohl aber Hoffnungen, die jedoch von dem Eintreffen gewisser Umstände abhängig sind. Die Vermittelung der Centralgewalt ist durch den Aufruf des Reichsverwesers an das Deutsche Volk erschwert worden. Der Behauptung, daß Herr Leo zu der täglichen Umgebung des Königs gehöre, wird bestimmt widersprochen, dagegen allerdings bedauert, daß die Adjutanten dem königlichen Ohre näher stehen, als Männer, wie v. Humboldt und v. Gagern. — Es cirkulirt hier das Gerücht, daß Baiern, Würtemberg, Baden, Darmstadt und Nassau sich entschieden für die Wahl des Erzherzogs Johann zum definitiven Oberhaupt des neuen Deutschland erklärt haben, und daß, wenn sich Preußen dagegen auflehne, sie entschlossen seien, in den alten Staatenbund zurückzukehren. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen ist hier angekommen, um sein Land als reichsunmittelbar in die Hände des Reichsverwesers zu übergeben.

— Die heutige 128. Sitzung der Deutschen Reichsversammlung wurde von H. v. Gagern eröffnet, nachdem derselbe gestern Nachmittag von Berlin zurück wieder hier eingetroffen ist. Die heute vorgenommene Wahl des Präsidiums hatte folgendes Ergebniß: Von 415 Stimmen erhielt H. v. Gagern 313, H. Simon von Breslau 99, v. Soiron, v. Wartensleben und M. v. Gagern jeder 1 Stimme.

München. Die Augsb. Abdztg. schreibt: Wie es heißt, soll die baierische Armee abermals vermehrt werden, insbesonderes die Kavallerie. Man bringt diesen Umstand mit dem Rücktritte des Hrn. Weishaupt vom Kriegsministerium in Verbindung, da derselbe Anstand genommen haben soll, durch abermalige Vermehrung des Heeres die Staatskasse noch mehr zu belasten, als es durch den dermalen ohnedies sehr hohen Militairetat bereits der Fall ist. Der Eintritt des Hrn. v. Lesuire in's Ministerium darf wohl kaum als eine Maßregel des Fortschritts auf konstitutioneller Bahn betrachtet werden; man glaubt indessen, daß Herr v. Lesuire, der übrigens ein ausgezeichneter Militair ist, kaum sehr lange mit den übrigen dermaligen Ministern harmoniren werde.

Stuttgart, den 1. Dec. Der Abgeordnete der Stadt Ludwigsburg zum Würtembergischen Landtag, Hr. D. F. Strauß, ist in Differenz mit einem Theil seiner Wähler gerathen. Den sehr verehrlichen Einwohnern des schwäbischen Potsdam denkt der berühmte Verfasser des Lebens Jesu nicht frei genug, und sie sind deshalb so frei gewesen, in einer Adresse ihn darüber zu belehren, was seines Amtes und ihres Willens sei. Diese Adresse spricht es sehr naiv aus, daß die Ludwigsburger Wähler in dem großen Häretiker auf religiösem Gebiete einen großen Orthodoxen in ihrer neuen Weltgeist-Politik geschickt zu haben hofften und sich hinterdrein bas wunderten, ihn in der Kirche so „destruktiv,“ im Staate dagegen so „über alle Erwartung konservativ“ zu finden. Umgekehrt wär' ihnen unstreitig lieber gewesen.

Karlsruhe, den 3. Dec. In Constanz ist der Redakteur der Seeblätter verhaftet und nach Stockach abgeführt worden Er ist der Verbreitung aufrührerischer Flugblätter angeklagt. — Der politische Gefangene, Jak. Kies, von Weinheim, hat sich in Bruchsal im Gefängniß erhängt.

Freiburg, den 1. Dezbr. Heute ist Advokat Karl v. Rotteck seiner langwierigen, beinahe achtmonatlichen Haft gegen Caution entlassen worden und dahier eingetroffen.

Aus Siebenbürgen, sagt das „C. Bl. a. B.,“ erhielten wir nach mehrwöchentlicher Pause wieder einmal Zeitungen. Sie geben ein trauriges Bild der Siebenbürger Zustände. Das Land ist in zwei Lager getheilt, Sachsen und Romanen kämpfen für den Kaiser, die Szekler für's Ungarische Ministerium. Jeden Augenblick werden Städte und Dörfer durch Ueberfälle allarmirt. Der Landsturm ist organisirt, bald sollen 245,000 streitbare Männer auf den Beinen stehen Der Kampf ist in vollen Flammen, und oft glaubt man, wenn man die Kampf- und Greuelberichte liest, sich in die Zeiten des großen Walachischen Bauernaufstandes im vorigen Jahrhundert versetzt. Die Magyaren haben durch ihre Grausamkeiten herausgefordert, die Romanen, „denen ihre besten Söhne gehenkt wurden“, blieben die Antwort nicht schuldig. Viele Edelleute wurden getödtet, in Zalathna ward das gesammte Beamtenpersonal von den Romanen niedergemacht, weil sie sich weigerten, die Kais. Fahne aufzuziehen; bei Enyed haben die Magyaren sieben romanische Ortschaften eingeäschert und viele Romanen niedergemacht, in Keresztur wurde der Hofrichter krank aus dem Bette gezerrt und geschunden, einem gewissen Joseph Ujlaki wurden die Zähne ausgerissen. Das sind einzelne bezeichnende Züge dieses gräßlichen Bürgerkrieges, den Räubereien, Brand und vandalische Verheerungen auf jedem Schritt begleiten. Nur die Sachsen halten sich noch in den Gränzen der Humanität und vergelten den Szeklern die Blutthaten nicht, die diese an ihnen verübt. Der Commandirende hat, um diese Greuelthaten zu hemmen, bereits mehre Proklamationen erlassen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 3. Decbr. Die „Patrie“ meldete gestern Abend, die Regierung habe eine telegraphische Depesche aus Marseille empfangen, welche die gestern früh dort erfolgte Ausschiffung des Papstes melde. Das „Ewenement“ versichert jedoch, es sei noch keine Nachricht von der Ankunft des Papstes hier eingetroffen. Der Ministerrath hat sich gestern von Neuem mit den für die Aufnahme des Papstes zu treffenden Maßregeln beschäftigt. Nicht die Tuillerieen, sondern den Palast Elisée Bourbon will man dem Papste anweisen, falls er sich für den Aufenthalt in Paris entscheidet. Nach der „Patrie“ wird die National-Versammlung morgen eine Deputation ernennen, welche nebst einem Theile ihres Bureau's den Papst zu Lyon oder Bourges empfangen soll. Der Conseils-Präsident und die Minister des Auswärtigen und der Justiz wollen die Deputation begleiten.

— Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der National-Versammlung beantragte Herr Tassel eine Verminderung des Gehaltes der Departementszahlmeister um 558,000 Fr.; sein Antrag ward ans Finanzcomité gewiesen. Herr Lagrange stellte der Reihe nach vier Anträge. Zuerst verlangte er, daß man den durch Krankheit in den Spitälern zurückgehaltenen Bürgern die Betheiligung an der Präsidentenwahl möglich mache; er beanspruchte ferner für die Lyoner Patrioten, die Opfer des Ex-Königthums, eine Bewilligung von 300,000 Fr.; drittens erhebt er Namens der zu Cherbourg auf der Insel Re eingesperrten Juni-Gefangenen gegen die Behandlung und Kost derselben Einspruch und viertens überreicht er die Petition einer Anzahl Lyoner Bürger, welche „friedlich, aber energisch“ eine Amnestie beantragen (Gelächter). Herr Lamoricière äußerte, es sei bezüglich der Juni-Angeklagten ein Gesetz-Entwurf vorgelegt, der zur Berichterstattung reif sei; man könne somit diesen und die daran sich knüpfenden Vorschläge gleichzeitig berathen. Nach einigen Erörterungen ward entschieden, daß die Berathung unmittelbar nach Erledigung des Budgets stattfinden solle. — Die Berathung des Budgets für 1848 ward nun fortgesetzt und eine Menge Capitel, worunter mehrere früher zurückgestellte, wurden ohne erhebliche Debatten angenommen.

— Vor seiner Abreise aus Rom hatte der Papst dem Minister des Innern, Galletti, durch den Marquis Pecchetti, welchem er geschrieben, seinen Entschluß kund gegeben, aber den Ort, wohin er sich begeben, nicht angezeigt. Uebrigens war am 25. Nov. die revolutionäre Bewegung in Rom drohender geworden. Die Fürsten Borghese und Canino fühlten sich nicht mehr stark genug, die durch sie aufgeregten Fluthen in eine ruhige Strömung zurückzuführen. Wurden doch selbst Mitglieder des diplomatischen Corps, welche den Papst zu schützen suchten, mit Schüssen verfolgt! In einem Wagen des Französischen Gesandten fuhr der Papst nach Ostia, von wo man alsbald in Civitavecchia war. Die Römischen Prälaten Piccolomini und Bella Porta sind auf dem Mentor in Marseille angekommen, mit ihnen die Wittwe und die Kinder des verunglückten Rossi.

Paris, den 4. Dezbr. (D. R.) Ich halte es für meine Pflicht, Sie abermals darauf aufmerksam zu machen, daß die deutschen Flüchtlinge von Frankreich aus einen neuen Einfall in ihr Vaterland vorbereiten. Und zwar sind dieses Mal die Zurüstungen weit gründlicher und umfassender als bei den republikanischen Schilderhebungen Hecker's und Struve's. Sie erinnern sich vielleicht eines Briefes von dem früheren preußischen Lieutenannt Willich, der kurz nach Struve's mißlungenen Unternehmen veröffentlicht wurde. Ganz nach dem daselbst angegebenen Plane, der in die genauesten strategischen Details eingeht, soll unter Willich's Leitung der projektirte Freischaarenzug organisirt werden. In Besançon werden alle mögliche Vorkehrungen getroffen, um im passenden Augenblick auf drei verschiedenen Punkten, an dem Ober-, Mittel- und Niederrhein, in Deutschland einzufallen. Die militairische Organisation ist ohne allen Vergleich besser und zweckmäßiger als früher, und namentlich verspricht sich Willich von seinen Freunden in Köln, mit denen er fortwährend in Verbindung steht, nachdrückliche Unterstützung. Besançon ist der Mittelpunkt der Bewegung, die in Metz ein zweites Lager besitzt, und mit aufmerksamen Blicken die Ruhestörungen im Moselthale verfolgt und nach Kräften fördert. So viel steht indessen fest, daß vor der französischen Präsidentenwahl, also vor Mitte Dezember, nicht losgeschlagen wird, es müßte denn sein, daß die Dinge in Preußen sich noch ernstlicher verwickeln und die Rheinprovinz in Flammen geräth, was freilich glücklicherweise nicht zu befürchten steht. Was das badische Oberland betrifft, so setzen die deutschen Republikaner diesseits und jenseits des Rheins ihre meiste Hoffnung auf die eventuelle Wahl Louis Napoleons. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie populär Louis Napoleon im Seekreise ist. Es sind mir aus dieser Gegend briefliche Mittheilungen zugegangen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß der Seekreis gar nicht anders denkt, als durch den Präsidenten der französischen Republik, L. Napoleon, republikanisirt, oder auch mit Frankreich einverleibt zu werden. Die Parteien daselbst stehen sich feindseliger gegenüber als je.

Paris, den 5. Dec. National-Versammlung. Sitzung vom 4. Dec. Anfang 1½ Uhr. Präsident Marrast theilt der Versammlung gleich nach dem Protokoll einen Brief des Kriegsministers Lamoricière mit, in welchem er die Nationalversammlung benachrichtigt, daß die Wahlen für den Präsidenten auf dem ganzen Gebiete Algeriens erst am 19. December vollendet sein können. In Folge dessen könnten die Stimmzettelkasten erst am 20. in Algier eingeschifft werden und deren Inhalt vor dem 25. December schwerlich bekannt sein. Diese Mittheilung verursacht einiges Erstaunen im Saale. Die Städte Blois und Elbeuf bitten um die Erlaubniß, sich behufs Beschäftigung ihres Proletariats außerordentlich besteuern zu dürfen. Wird genehmigt. Vivien, Minister der öffentlichen Arbeiten, beantragt die Erledigung eines Gesetz-Entwurfs rücksichtlich des Eisenbahnzweiges von Nevers. Wird erledigt. Die Versammlung geht nun zu ihrer eigentlichen Tagesordnung, dem Budget für 1848, über. Bineau berichtet im Namen des Finanzausschusses über mehrere letzhin angefochtene Kredite. Houdouaire, General-Inspektor der Nationalwaldungen, wohnt als Kommissarius der Sitzung bei und hält einen langen Vortrag, durch welchen er zu beweisen sucht, daß die vom Finanzausschusse beantragten Ersparnisse die Forstverwaltungen ruiniren müßten. Er protestirt gegen die Verminderung des Beamtenpersonals und läßt durchblicken, daß der Finanzausschuß nichts vom Forstwesen verstehe. Bineau verwahrt sich sehr aufgebracht gegen diese Vorwürfe. Die Reduction im Forstwesen wird genehmigt und die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt. Ehe die Sitzung geschlossen wurde, zirkulirte ein außerordentliches Blatt des Nouvelliste von Marseille, welches anzeigt, daß Pius IX. in Malta unter englischer Flagge gelandet sei. In dem Stillschweigen Cavaignac's während der ganzen Sitzung glaubte man die Bestätigung dieser Nachricht zu finden. Es heißt, Pius IX. habe gesagt, daß er unmöglich in einen Staat gehen könne, der eben im Begriff stehe, einen Napoleon zu wählen, während ihn ein Napoleon (Lucian) aus Rom vertrieben habe. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

— Heute Nachmittag um 4 Uhr hieß es, der Papst halte sich noch in Gaeta auf, um auf diesem Punkte die Wirkung abzuwarten, die seine Flucht auf Rom ausüben werde. Um 5 Uhr aber ging ein Courier des Admirals Parker durch Paris nach London, um dem dortigen Kabinet, wie es heißt, die Nachricht zu bringen, daß der Papst in Malta gelandet sei. An Rothschild soll ebenfalls ein Courier eingetroffen sein, mit der Nachricht, daß der Papst sich in Malta befinde. Die Nationalversammlung hatte bereits ihr ganzes Büreau dem Papst nach Bourges entgegensenden wollen, und man wollte wissen, Cavaignac selbst werde sich anschließen. Noch aber erfährt man nichts von Anstalten zu deren Abreise. Ferner liest man heute noch folgende Nachrichten aus Rom und Civitavecchia in hiesigen Blättern: „Rom, den 25. Nov. Die Kammern erklären sich permanent und ernennen eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Redigirung von Proklamationen. — Rom, den 26. Nov. Das Volk, erzürnt über Harcourt's Begünstigung der Flucht des Papstes, schießt gegen das französische Gesandtschafts-Hotel. — Civitavecchia, den 27. Nov. Rom ist vollkommen ruhig. Der Volkszirkel hat seine Macht in die Hände einer provisorischen Regierung niedergelegt.“ Die Wittwe Rossi's ist mit ihren beiden Töchtern und zwei Erzpriestern oder Kardinälen (Piccolomini und Della Porta) mit dem „Mentor“ in Marseille gelandet.

— Marschall Bugeaud hat an den Redakteur des „Constitutionnel“ ein Schreiben gerichtet, worin er sich folgenderweise für die Kandidatur Louis Napoleon's erklärt. „Als ich erklärte, mich des Votums für die Präsidentschaft der Republik enthalten zu wollen, hatte ich noch keine Partei ergriffen; meine Sprache mußte den Zustand meines Geistes wiedergeben. Heute schließe ich mich der Mehrzahl der Männer an, welche die Ordnung wollen, und erkläre, daß ich für Louis Napoleon Bonaparte stimmen werde. Die falschen Interpretationen meiner Worte durch die Journale, welche die Kandidatur des Chefs der Exekutivgewalt unterstützen, verpflichten mich zu dieser Erklärung. Empfangen Sie 2c. Marschall Bugeaud.“

— Der Handelsminister hat der Handeskammer zu Paris eine Note über die wahrscheinliche Ausdehnung, welche der Absatz Französischer gedruckter Kattune in der Türkei erlangen kann, mittheilen lassen.

— Mehrere General-Conseils der nördlichen Departements haben beschlossen, auf die erste Kunde von ernsten Ereignissen in Paris zusammen zu treten, um über die Interessen des Landes zu rathschlagen.

Großbritannien und Irland.

London, den 2. Decbr. Der „Standard“ erklärt, daß die Angabe mehrerer Blätter, die exkönigliche Familie von Frankreich sei gegenwärtig bei Sir R. Peel auf Besuch, irrig sei; dieselbe befinde sich fortwährend zu Richmond. Peel habe zwar vor einigen Tagen die Ehre dieses Besuches sich erbeten, und Ludwig Philipp habe die Einladung auch angenommen, der Besuch aber sei noch nicht erfolgt.

— Wiederholt hatte die Presse ihre Unzufriedenheit mit dem Gouverneur von Britisch Guyana, Sir J. Light, ausgesprochen, dessen Fehlern es zugeschrieben wurde, wenn diese Kolonie eine Haltung angenommen hatte, welche fast derjenigen der ehemaligen Nordamerikanischen Kolonieen kurz vor der Unabhängigkeitserklärung glich. Das Kolonialwesen scheint überhaupt dasjenige Departement zu sein, welches bei der jetzigen Regierung am schlechtesten vertreten ist. Die Verwaltung und Einrichtung der meisten Englischen Kolonieen in Amerika leiden an alten Gebrechen, deren Abhilfe von der Presse dringend verlangt wird. Die Westindischen Kolonieen, namentlich Jamaika, klagen, daß sie bei dem jetzigen Systeme, welches sie in zu hohem Grade von dem Kolonialamte in London abhängig mache, immer mehr herunter kämen. Britisch Guyana hat sich thatsächlich ein Recht der Selbstverwaltung angeeignet, und auf eigene Faust Ersparungen in den Verwaltungsstellen vorgenommen. Weniger gebunden ist wohl Kanada, aber auch hier hat der Handel, wie selbst der Globe gesteht, in letzter Zeit empfindlich abgenommen.

— Der Marquis von Northampton, der bisherige Präsident der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften, hat gestern am Jahrestage der Gesellschaft sein Amt niedergelegt. An seine Stelle ist der Graf v. Rosse, der Besitzer des oft erwähnten Riesen-Teleskops, gewählt worden.

— Ein mit der größten Kaltblütigkeit verübter Doppelmord hat am vorigen Dienstage bei Wymoudham in Norfolk stattgefunden. Die Opfer sind der Fiskal der Stadt Norwich, Herr Jermy, und sein Sohn; für den Mörder, der auch noch die Frau des Herrn Jermy und ein Dienstmädchen durch Pistolenschüsse schwer verwundet hat, gilt ein Pächter, Namens Rush, der mit Herrn

Jermy Prozeßhändel hatte. Der Mörder begab sich Abends maskirt in die Wohnung des Herrn Jermy, schoß die erwähnten Personen, die ihm entgegenkamen, eine nach der anderen nieder und fand Gelegenheit, in der Verwirrung zu entkommen. Da der Verdacht sich indeß sogleich gegen Rush lenkte, wurde er verhaftet.

— Sir H. L. Bulwer, der frühere Britische Gesandte in Spanien, wird sich demnächst mit einer Tochter des verstorbenen Lord Cowley, also einer Nichte Wellington's, verheirathen.

Schweiz.

Basel, den 2. Dec. Der Befehlshaber der Deutschen Grenztruppen hat ein zweites Schreiben an den Bundesrath gesendet, worin er die Grenzverletzung durch eine Patrouille mit einem Versehen entschuldigt und Genugthuung verspricht. Auf die Anzeige des Bundesraths, daß der Vertrag von 1815 aufgehört habe, sind von allen Gesandten friedliche Antworten erfolgt, mit Ausnahme des Russischen, welcher abwesend ist. — Die Französische Regierung hat von dem Gesandten der Deutschen Reichsgewalt über den Zweck der Truppenaufstellungen an der Schweizergrenze Aufschluß verlangt und die Antwort erhalten, daß durch diese Maßregel weder gegen Frankreich noch gegen die Schweiz Feindseligkeiten beabsichtigt werden.

Italien.

Florenz, den 26. Nov. Die ganze Stadt ist in Bewegung wegen der gestern erfolgten Abreise des neapolitanischen Gesandten, die fast als eine Kriegserklärung betrachtet wird. Der sicilianische Geschäftsträger, der sich hier seit geraumer Zeit aufhält, hatte bei dem Ministerium des Innern um die Erlaubniß nachgesucht, das sicilische Wappen an seiner Wohnung anbringen zu dürfen. Das Ministerium trug kein Bedenken, ihm zu willfahren, da es hier nicht verboten ist, irgend ein Wappen an beliebiger Stelle anzubringen. Der neapolitanische Gesandte machte jedoch gegen dieses Anbringen des Wappens die lebhaftesten Vorstellungen und reiste, als sie nicht berücksichtigt wurden, schleunigst ab. Es sollen an den toscanischen Gesandten in Neapel ebenfalls Weisungen ergangen sein, nach Florenz zurückzukehren.

Rom, den 24. Nov. Das röm. Ministerium hat, in Folge der Flucht des Papstes, folgende Proklamation erlassen: „Der Papst hat, von beklagenswerthen Rathschlägen gedrängt, diese Nacht Rom verlassen. In einem so bedeutsamen Augenblicke wird das Ministerium sich nicht der Pflicht entziehen, welche ihm das Heil des Vaterlandes und das ihm vom Volk gewährte Vertrauen auferlegen. Alle Maßregeln sind ergriffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Leben, so wie die Interessen der Bürger zu schützen. Eine Kommission wird sofort in Permanenz treten, um mit der ganzen Strenge der Gesetze den zu bestrafen, welcher einen Angriff auf die öffentliche Ordnung und das Leben der Bürger wagen sollte. Alle Truppen und alle Nationalgarden werden sich bewaffnet in ihren Quartieren halten, um auf den ersten Ruf bei der Hand zu sein. Das Ministerium wird im Verein mit der Repräsentantenkammer und dem Senat in Zukunft diejenigen Maaßregeln ergreifen, welche ihm die Zustände auferlegen. Römer, vertraut uns. Bleibt würdig des römischen Namens, den ihr traget, und antwortet auf die Verleumdungen eurer Feinde mit Großmuth. Rom, den 25. Nov. 1848. Monzarelli, Galetti, Lunat, Sterbini, Campello, Sereni."

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Die Serviszahlung für die im Monat November c. hier einquartirt gewesenen Truppen, erfolgt am 9., 11., 12., 13. und 14. dieses Monats im Servis-Amtslokale. Posen, den 7. Dec. 1848.

Der Magistrat.

Aufgebot.

Auf dem im Samterschen Kreise, des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Rittergute Dobrojewo, steht Rubr. III. No. 2. eine Protestation für die Erben der Catharina v. Dobrzycka, geb. v. Kolaczkowska, wegen einer am 31. Dezember 1796 angemeldeten, vom Gutseigenthümer nicht anerkannten Real-Forderung von 1100 Thlr. oder 6600 Gulden poln. nebst Zinsen ad alterum tantum ex decreto vom 30 Oktober 1800 eingetragen. Die gegenwärtigen Eigenthümer des Gutes, die Erben der Angela v. Kwilecka, behaupten die Tilgung dieser Post und haben deren Aufgebot Behufs der Löschung beantragt. Es werden daher alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder aus einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche an die bezeichnete Post zu haben vermeinen, aufgefordert, solche spätestens in dem auf den

14ten Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Rappold in unserm Instruktionszimmer angesetzten Termine anzumelden, widrigenfalls sie mit denselben werden präkludirt werden.

Posen, am 4. August 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht; Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Auf dem im Schrimmer Kreise des Großherzogthums Posen belegenen Rittergute Konarskie haften Rubrica III.:

a) No. 11. 166 Thlr. 20 Sgr., nebst 5 Prozent Zinsen seit Johannis 1831 für die Anastasia von Rutkowskasche Nachlaßmasse, aus dem Privatschuldscheine des August v. Hulewicz, vom 27. Juni 1823 und dem zwischen ihm und dem Justizkommissarius Maciejowski, als Mandatar der gedachten Nachlaßmasse am 2. März 1832 gerichtlich geschlossenen Vergleiche, ex decreto vom 3. November 1834, worüber nach erfolgter Zahlung Seitens des August von Hulewicz von dem Justizkommissarius Weimann, als dem der Anastasia von Rutkowskaschen Nachlaßmasse bestellten Kurator am 28. December 1838 notariell quittirt worden ist;

b) No. 12. 344 Thlr. 15 Sgr. 11 Pf., zu 5 Prozent verzinslich, für den Kreis-Physikus Dr. Joseph Morawa zu Schrimm, aus der notariellen Schuldurkunde der Marianna v. Chłapowska vom 3. Juli 1838, ex decreto vom 12. Juli 1838, welche am 25. Juni 1840 der Emilie v. Chłapowska, geborenen v. Koczorowska notariell cedirt worden sind; und

c) No. 13. 1000 Thlr., nebst 5 Prozent Zinsen und Einziehungskosten für den Kaufmann Simon Meyer Samter zu Posen, aus der notariellen Schuldurkunde der Marianna v. Chłapowska vom 16. März 1839, ex decreto vom 20. März 1839, welche am 29. Juli 1839 an den Baron von Kottwitz und am 1. Juli 1840 von diesem an die Emilie von Chłapowska, geborenen v. Koczorowska, notariell cedirt worden sind.

Die Schuldurkunden und die beziehungsweise am 13. November 1834, 23. August 1838 und 11. April 1839 ertheilten Hypotheken-Rekognitionsscheine über diese Posten sollen bei der Emilie v. Chłapowska, geborenen von Koczorowska, verloren gegangen sein. Auf den Antrag der Louise Wisliceny, geborenen Alter, als gegenwärtigen Besitzerin von Konarskie, werden alle Diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder aus irgend einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche an die vorstehend bezeichneten Forderungen und Dokumente zu haben vermeinen, aufgefordert, solche spätestens in dem am

16ten März 1849 Vormittags um 10 Uhr

in unserem Instruktionszimmer vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius Landowski anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit präkludirt werden sollen und die Löschung der aufgebotenen Hypothekenposten erfolgen wird.

Posen, den 9. Oktober 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Prozeß-Sachen.

Berliner Börse.

Den 7. December 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$100\frac{1}{2}$	100
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{1}{4}$	$83\frac{3}{4}$
Grossh. Posener »	4	—	96
» »	$3\frac{1}{2}$	$82\frac{1}{4}$	$81\frac{3}{4}$
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	—	$88\frac{1}{2}$
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	—	90
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	94
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, (voll. e)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	90
» Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	—	$65\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	62
» » Prior. A. B.	4	—	84
» » »	5	—	92
Berlin-Stettiner	4	—	91
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$80\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	93
Magdeburg-Halberstädter	4	$113\frac{1}{2}$	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	76	75
» Prioritäts-	4	$87\frac{1}{2}$	—
» »	5	—	$96\frac{1}{2}$
» » III. Serie	5	$91\frac{1}{2}$	92
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
» » B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	63
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	$52\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	4	—	73

(Mit einer Beilage.)

Inland.

⊙ **Mieszkow**, den 7. December: So eben verläßt uns eine Abtheilung Infanterie der Jarociner Garnison, die hierher berufen worden war, um der Polizeibehörde in Einziehung der Abgaben Beistand zu leisten, weil auch hier die Einwohner sich renitent gezeigt haben. — Dem Anscheine nach zu urtheilen, hat das Mittel gefruchtet, und wir hoffen, es werde künftig nicht mehr nöthig werden. — Man fabelt immerwährend viel von einem Einmarsch der Russen. Bald sollen sie an der Grenze eine Brücke bauen, bald schon in **Pleschen**, bald schon in **Miloslaw** eingerückt sein. — Bei den Deutschen finden jedoch alle diese Gerüchte keinen Glauben.

CC **Berlin**, den 6. Dezbr. In Folge des Auflösungsdekrets sind bereits viele Deputirte der Rechten in ihre Heimath zurückgereist; andere verlassen uns heut Abend. — Wir vernehmen, daß mehrere Abgeordnete dieser Fraktion gegen die mit Vorbehalt der Revision oktroyirte Verfassung zu protestiren gesonnen sind, weil sie in derselben eine Verletzung des auf dem Wahlgesetz vom 8. April beruhenden Rechtsbodens zu erblicken glauben.

Das Geheimniß der gestrigen Erlasse ist übrigens bis zum letzten Augenblicke so sorgfältig bewahrt geblieben, daß Graf **Brandenburg** selbst den Reichs-Commissarien, welche er um 5 Uhr Abends (als der Pr. Staatsanzeiger bereits die Presse verließ) empfing, nicht die geringste Mittheilung machte, ein Benehmen, welches dieselben so verletzt haben soll, daß sie nur mit Mühe den Entschluß, sofort abzureisen, zurückzudrängen vermochten.

— Die „Const. Corresp." enthält folgende Erklärung: Man bezeichnet uns den Abgeordneten für Cleve, Herrn Dr. **Arntz** als den Verbreiter des Gerüchtes: „die in unserer No. 42. enthaltenen Artikel seien aus der Feder des als Regierungs-Commissar fungirt habenden Reg.-Rathes Herrn **Scheele** geflossen." Obschon wir nun, so lange Herr **Arntz** sich nicht von dem ihm durch die Redaktion der Köln. Zeitung angehefteten Makel der „**niederträchtigen Lüge und Verläumdung**" gereinigt hat, es für unnöthig erachten, dessen Aussagen einer Berichtigung zu würdigen, so erklären wir dennoch hiermit, daß obige Behauptung eine irrthümliche ist.

Die Redaktion der Const. Corresp.
D. J. V. **Kutscheit**.

— Der „Neuen Preuß. Zeitg." entnehmen wir folgende Schilderung von dem Eindruck, den die Verfassung in den demokratischen Fraktionen zu Berlin hervorrief. In allen Cirkeln und Kaffeehäusern, öffentlich und geheim, wurde die Verfassung mit dem größesten Interesse vorgelesen, und Muthmaßungen und Folgerungen der verschiedensten Art wurden daran geknüpft. In der Fraktion Caspary erklärte sich namentlich Herr Rodbertus sehr befriedigt davon; der würdige Abgeordnete will sich neue Aussichten offen erhalten. Bei Mylius war man sehr getäuscht, daß die Verfassung unerwarteter Weise nicht der Vorlage des Ministeriums Camphausen gleich sei, und war so decontenancirt, daß man offen den Glauben aussprach, das Land werde jubeln über diese Verfassung und die Opposition so ihren Boden verlieren. Ein großer Mißmuth sprach sich in der Fraktion aus; mehrere Mitglieder sind heute bereits nach Hause gereist. Verschiedene andere Deputirte erklären mit Entschiedenheit, daß die Versammlung, die unter dem Präsidium Unruh in Berlin getagt, der Auflösung Widerstand entgegensetzen und das Recht drr Krone mit allen Mitteln bestreiten werde. Mehrere Deputirte der Stadt Berlin haben beschlossen, ihre Urwähler zusammenzuberufen und diesen die Frage der Auflösung vorzulegen. In den Clubs und demokratischen Vereinen wurden grheime Sitzungen gehalten. In einer noch im Lauf der verflossenen Nacht gehaltenen Berathung mehrerer Führer der demokratischen Partei wurde über eine Volksversammlung berathen, die man nach Erkner (Station der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, 4 Meilen von Berlin, also außerhalb des im Belagerungszustand befindlichen Rayons) ausschreiben will. Man beschloß, vorher sich mit der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu verständigen, um eine Preisermäßigung der Fahrt auf 2 Sgr. zu erlangen.

Heute Abend werden verschiedene Bezirke des demokratischen Clubs (wir haben bereits bei einer frühern Gelegenheit auf die Eintheilung aufmerksam gemacht) Versammlungen halten.

Der Central-Ausschuß der deutschen Demokraten (das Puppenspiel des Congresses wird unsern Lesern noch in Erinnerung sein), dessen Mitglieder bekanntlich Graf Reichenbach und d'Ester sind, erhält seit Kurzem aus den Provinzen und dem Ausland vielfache Geldsendungen. Die lithographirte Correspondence dieses Ausschusses, die im Uebrigen sehr heimlich gehalten wird, wird lebhaft geführt. Dem bisherigen Recht der Herren Reichenbach und d'Ester auf **Portofreiheit**, mit dem überhaupt von den Deputirten der Linken der gemeinste Mißbrauch zur Verfolgung und Verbreitung ihrer revolutionären Zwecke getrieben worden ist, wird hoffentlich bereits von der Postbehörde ein Ende gemacht worden sein. Andernfalls fordern wir dieses hiermit.

Zwischen den fliegenden Corps herrscht jetzt eine enge Verbindung und es werden vielfache geheime Sitzungen gehalten.

Am Dienstag wurde eine von vielen hiesigen Demokraten unterzeichnete Adresse nach Paris abgesandt, worin die dortige verbündete Partei aufgefordert wird, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Ledru-Rollin zum Präsidenten gewählt werde. So lächeelich an und für sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Frankreich diese Demonstration ist, so giebt sie einen neuen Beweis, in welcher fortwährenden Verbindung die revolutionären Parteien in Paris und Berlin stehen. Im Laufe des heutigen Tages ist eine Adresse durch die Stadt zur Unterzeichnung verbreitet worden, die der Regierung das Recht zur Auflösung der Versammlung abspricht.

Diesen Bemühungen und Umtrieben der demokratischen Partei, die wir uns zur Pflicht machen werden, zum Wohl des Vaterlandes auch ferner zu enthüllen und unnachsichtlich zu bekämpfen, tritt der gesunde nach Ruhe und Ordnung sich sehnende Sinn der eigentlichen Bevölkerung entgegen. Die Auflösung der Versammlung, welche 7 Monate lang die Hauptstadt und das Land in einem Zustand der ewigen Aufregung und Anarchie gehalten, und den Staat um drittehalb Millionen gebracht hat, ohne eine andere Frucht, als einen Schmachflecken in der preußischen Geschichte zu hinterlassen, — hat man mit Bestimmtheit erwartet, auch wohl, doch nicht so sicher, die Octroyirung einer Verfassung. Aber man ist überrascht, fast bestürzt von dieser Verfassung selbst, man kann noch nicht so recht zur Ueberlegung kommen und schämt sich im Innersten über die bisherigen Vorgänge und die gezeigte Opposition gegen die Krone. Gerade herausgesagt, einem großen Theile ist die Verfassung zu liberal, weil seine Ansichten und Meinungen nicht so weit gehen, ein anderer ärgert sich darüber, weil ihm hier von vorn herein alle Gelegenheit zum Mäkeln und Opponiren abgeschnitten ist. Jedenfalls ist der Eindruck, den diese königl. lang ersehnte Entschließung gemacht hat, überraschend tief und danernd und giebt bereits die Gewißheit, daß Berlin, und mit der Hauptstadt das Land wie ein Phönix aus der Asche der März- und Novembertage sich erheben wird. Vielfach sprach sich im Laufe des heutigen Tages unter den Bewohnern aller Stände der Wunsch aus, durch eine Illumination der Stadt die allgemeine Freude und den Dank für das Geschenk und die königliche That des Königs zu beweisen, und nur in Folge der früher von Sr. Excellenz dem kommandirenden General v. Wrangel mit Bezug auf den Belagerungszustand erlassenen Untersagung einer Illumination am silbernen Hochzeitsfest des Herrscherpaares unterbleibt eine solche heute in allgemeiner Ausdehnung.

Berlin, den 7. Dec. Die Stille des Belagerungszustandes gewährt Muße zu romantischen Produktionen. So steht binnen Kurzem ein Mährchen aus der Feder des Fräuleins Armgart v. **Arnim** zu erwarten. Dasselbe wird unter dem Titel „Große Historia vom Prinzen Ohnesündchen" Schilderungen des Hoflebens und gelungene Zeichnungen hochgestellter Persönlichkeiten enthalten. Die Verfasserin, Bettina's Tochter, ist durch ihre Verbindungen zu einer naturgetreuen Darstellung jener Verhältnisse vollkommen befähigt. — Der zweite Band des „Ilius Pomphilius und die Ambrosia", der vor Kurzem die Presse verlassen hat, findet, nachdem die Politik einigermaßen in den Hintergrund getreten ist, jetzt gleichfalls einen Leserkreis. — Die Verhaftungen sind seit einiger Zeit eingestellt. An der Tagesordnung sind jetzt die Ausweisungen. Es ist nöthig geworden, Ausweisungs-Formulare drucken zu lassen. Den Mißliebigen wird folgende gedruckte Ordre zugefertigt: „Der — — hat die Anweisung erhalten, die hiesige Residenz und deren Umgebung im Umkreise von 2 Meilen binnen 24 Stunden bei Vermeidung der Verhaftung zu verlassen. Dies wird ihm Behufs seiner Reise nach — — hierdurch bescheinigt.

Aus dem Creutzburger Kreise. Die Nacht vom 3. zum 4. Decbr. hat uns in Rosen Gräuelscenen vorgeführt, die den Gallizischen völlig gleichen. Schon seit einiger Zeit wurden in Bürgsdorf sogenannte Volksversammlungen von den Bauern — d. h. Einliegern und Dreschgärtnern — abgehalten; die Seele derselben ist der hier überall bekannte Müller Kabus aus Roschkowitz, unter seines Gleichen berühmt und in Ansehen wegen seiner vielen, besonders mit der Grundherrschaft geführten Prozesse. Sonntag, den 3. war in B. wieder große Volksversammlung gewesen, der Schnaps hatte das Seinige auch gethan, und so wurde beschlossen, nach Rosen zu ziehen und dort den Gutsbesitzer Dähnel todtzuschlagen. Gesagt, gethan. Gegen Abend brach die wüthende Schaar von B. nach R. auf. Hier begeisterte man sich nochmals und zog dann mit brennenden Kienfackeln von Haus zu Haus, Jedem mit Mord und Brand drohend, der sich nicht anschlösse. So ließ die Furcht den Zug zu einer Lavine anschwellen. Nur ein Einziger weigerte sich; dafür zerschlug man ihm alle Möbeln, und zersetzte ihm sämmtliche Betten. Das geschah um Mitternacht. Die tobende Rotte kam nun an die Wohnung des Herrn v. Gladis, des früheren Besitzers von Rosen, eines friedlichen, humanen Mannes. Mit der Frage: „Kinder, was wollt ihr denn?" trat er der Menge entgegen. Die Antwort war ein Schlag mit einer Wagenrunge über den Kopf, der ihm denselben sogleich zerschmetterte. Hierauf zog die Bande weiter nach dem Schlosse des Dähnel. Während ein Theil Alles demolirte, sprengte ein anderer die verschlossene Wohnstube des Gutsbesitzers, um ihn ebenfalls todtzuschlagen. Als die Thür aufsprang, trat er ihnen mit geladener Doppelflinte entgegen, da sie dennoch vordrangen, gab er Feuer und 2 Mann fielen, während 2 andere verwundet wurden. Dies rettete ihm das Leben, die Rotte stutzte und zog sich zurück. Außerdem wurden noch mehrere Personen gemißhandelt, so ein Kirchenvater, der sich dem Sturmläuten widersetzte u. s. w. Trotzdem, daß alle nach Creutzburg führenden Wege von den Bauern besetzt worden waren, um das Herbeiziehen des dortigen Militairs zu verhindern, war es doch einigen Personen gelungen, nach einem nahen Dorfe zu flüchten, von wo aus 6 Wagen nach dem Militair nach C. geschickt wurden, das früh um 4 Uhr alarmirt wurde.

Hildburghausen, den 4. Dec. Selbst die früheren schrecklichen Kriegszeiten sind nicht so hart und drückend für die Stadt Hildburghausen gewesen, als die jetzige Einquartierung der Reichstruppen. Denn seit dem 11. Oktober liegen fortwährend starke Corps hier, zuerst Bayern mit Geschütz, dann Sachsen mit Infanterie, Cavallerie und Artillerie, nebst dem Generalstab, und nun, da heute diese abziehen und nach Gotha und Arnstadt marschiren, ziehen sofort wieder 450 Mann Weimaraner ein und in manchem einzelnen Hause liegen 4 und mehr Mann oder mehrere Offiziere, da der Kommandeur die Kaserne nicht will beziehen lassen. Viele Unbemittelte müssen ihre schmalen Bissen noch mit Soldaten theilen; auch die größten Reichssteuern wären nicht so drückend, und noch ist kein Ende abzusehen.

Frankfurt a. M., den 5. Dez. (O. P. A. Z.) Die Abstimmung über die auf Mediatisirung der deutschen Einzelstaaten gerichteten Anträge führte in der heutigen 129sten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung zur Beschlußnahme über den von dem Ausschusse gestellten Antrag. Derselbe wurde mit 253 gegen 198 Stimmen bei namentlicher Abstimmung durch Stimmzettel angenommen und lautet: „Die National-Versammlung wolle beschließen, über die auf Mediatisirung gerichteten Anträge zur motivirten Tagesordnung überzugehen." Eben so wurde folgender Zusatz des Abgeordneten **Riesser** angenommen: „Die National-Versammlung wolle beschließen, die Centralgewalt aufzufordern, die Vereinigung der kleineren Einzelstaaten unter sich oder mit größeren Staaten, da wo die Wünsche der Bevölkerung in dieser Weise sich aussprechen, auf dem Wege der betreffenden Regierungen und Volks-Vertretungen zu vermitteln."

Wien, den 3. Dec. Die **Wiener Zeitung** entnimmt den C. Bl. a. B. folgende Mittheilung aus Innsbruck vom 24. Nov.: „Nachstehend übersende ich Ihnen ein in seiner Art merkwürdiges Aktenstück. Es ist die Deutsche Uebersetzung einer vor kurzem aus der Höllenküche Mazzini's hervorgegangenen „Instruktion für die Lombardo-Veneter", welche dermalen in Tausenden von Exemplaren im Lombardisch-Venetianischen Königreiche circulirt, und von welcher ich so eben durch die Güte eines Freundes aus Mailand ein Exemplar erhalte:

„„Sich stets bereit halten, den großen Schlag zu schlagen, bis dahin die Feinde auf allen Seiten belästigen, ihnen weder Rast und Ruhe gönnen. Ihre Bewegungen auskundschaften, sie unversehens überfallen und ohne Gnade niedermachen, besonders die Offiziere. Bandenweises Zusammenschaaren der konscribirten Jünglinge im Gebirge, von wo sie öfters unversehens auf die Konvois, Packwägen und kleinen Truppen-Abtheilungen herabstürzen und sich dann wieder in's Gebirge zurückziehen mögen. Jedermann hat die heilige Pflicht, ihnen hierbei Vorschub zu leisten. Verweigerung der Steuerzahlung. Wer im öffentlichen Versteigerungswege ausgebotene Grundstücke kauft, werde bedroht und als Vaterlandsverräther ermordet. Die Italienische Regierung wird derlei Käufe nicht anerkennen. Nichts Deutsches werde verbraucht. Auch die Reichen sollen in schlechten Kleidern gehen aus dahrim erzeugtem Tuche, Halbschafwollstoff oder gestreiftem Zeuge (rigatino), die Frauen in Trauer. Wer sich elegant kleidet, werde als Oesterreichisch gesinnt betrachtet. Kein Italiener, der hat, wovon er leben kann, behalte einen Dienst als öffentlicher Angestellter. Die Italienische Regierung wird keinem eine Pension geben, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Staatsdienste bleibt. Die Deutschen Beamten mißhandle man nach Möglichkeit. Niemand gebe ihnen Unterstand; Alles was sie brauchen, sollen sie theuer und schlecht haben. In Streitsachen wende man sich nicht an die öffentlichen Gerichte; Alles werde durch Schiedsrichter abgethan. Man fliehe die Oesterreicher und die es mit ihnen halten, wie die Pest; man mache drohende Inschriften auf die Mauern der Städte und Dörfer, an die Kirchthüren und auf dem Lande an Grenzpfähle, Meilenzeiger und selbst auf die Bäume. Bei Nachtzeit auf dem Lande öftere Gewehrschüsse, Geschrei, plötzliches Glockengeläute, Ruf zu den Waffen. Auf diese Art werde der Feind genöthigt, seine Kräfte auch auf dem Lande und in den Dörfern zu zerstreuen, damit man ihn dann zu gelegener Zeit mit Vortheil überfallen könnte. Nachrichten, Winke, Mittheilungen pflanze man von Dorf zu Dorf wie eine Kette fort. Die schriftliche Mittheilung geschehe, wo sie nöthig ist, mit verstellter Schrift und möglichst kurz. In den Städten und Landbezirken, wo noch kein geheimes Comité gebildet ist, trete ein solches ungesäumt zusammen und setze sich mit dem Haupt-Comité der Provinz und mit dem Central-Comité in Verbindung. Das Volk versammle sich jeden Abend in den Kirchen, um zu beten, daß Gott uns von unserem Elende befreie. Jeden Unglimpf, jede Schlechtigkeit, die sich die Oesterreicher zu Schulden kommen lassen, sammle und dokumentire man mit Genauigkeit und suche sie im Wege der Privat-Korrespondenz oder durch Versendung an auswärtige Journale möglichst zu verbreiten. Wer kann, bereite dem Feinde Verlegenheiten in seinem Hause. Sensen, Gabeln, Hacken, Messer, Alles werde bereit gehalten und in Anwendung gebracht; man sprenge die Pulvermagazine in die Luft und zünde die Kasernen an und beweise durch fortgesetzte Schreckenthaten, daß dieser Boden den Feind verschlingen wird, wenn er uns nicht allesammt ausrottet. Endlich erinnere man sich, daß die Oesterreicher nur elende Werkzeuge des Despotismus, nur an Radetzky verkaufte Meuchelmörder sind, und daß, während sie Italien knechten, sie die Mörder der Freiheit im eigenen Vaterlande sind, wo man für die nämliche Sache kämpft. Es ist eine heilige Sache, Ungeheuer solcher Art von der Erde zu vertilgen.""

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Erwiderung.

Als Verfasser des mehrfach angefochtenen Artikels *) in Nro. 281 dieser Zeitung sehe ich mich auf die Erwiderung des Herrn Dr. Klee (Nr. 285 d. Z.) zu nachstehender Replik veranlaßt. Ohne mit Namen citirt zu sein, hat sich Herr Klee gemeldet als schwer getroffen. Der Hieb, den ich führte, war also doch nicht in die Luft gethan; hinter dem Busch, auf den ich klopfte, steckte ein reeller Jemand, der das ihm Zugedachte in Empfang nahm. Nun Herr Klee sich selber verrathen hat, will auch ich es bekennen, daß er damals mir wirklich im Sinne lag; wenn ich ihn nicht ausdrücklich nannte, so geschah dies aus Achtung vor der parlamentarischen Sitte, „die sich so glatt selbst zwischen Feinde legt." Nur Unbekanntschaft mit den Gesetzen des parlamentarischen Anstandes kann mir es zum Vorwurf machen, daß ich so, bei der Sache verbleibend, die Plumpheit eines persönlichen Zusammenstoßes zu vermeiden suchte. Mit der einzelnen Persönlichkeit des Herrn Dr. Klee habe ich natürlich gar nichts zu schaffen; Herr Klee gilt mir blos als Typus einer Partei, die vor dem März mit Leib und Seele dem herrschenden System zugethan, später eine lange Zeit sich verborgen hielt und jetzt bei günstig scheinender Witterung ruhmredig wieder vortritt, um dem Volke einen Vorwurf zu machen aus der Sinnesverwirrung, die sie doch eigentlich selbst durch die falsche Diät erst in ihm hervorgerufen. Herrn Dr. Klee hatte ich damals gerade in seiner Beilage zur Zeitung bei solcher Ruhmredigkeit auf frischer That ertappt, und meine Darstellung erhielt deshalb eine etwas speciellere Färbung. Daß ich aber an die vormärzlich-volksfreundliche Gesinnung des Herrn Dr. Klee nicht glaube, dafür habe ich zwei Gründe: 1) Herr Klee war Censor; man rühmt die Milde seines Rothstiftes; desto schlimmer. Herr Klee censirte also nicht einmal aus Leidenschaft für das Fach, censirte mit Widerstreben, und ließ sich doch als Censor verbrauchen. Der Censor ist kein Kämpfer für Volksfreiheit: der jugendlich schwellende Gliederbau des freien Gedankens welkt unter seiner inquisitorischen Betastung; sein jus primae noctis tödtet die Jungfräulichkeit eines regsamen frischen Geistes. Der Censor hält die Freiheit auf in ihrem Entwickelungsgange. 2) Herr Klee arbeitete mit an dem Eichhornschen Luftbau des „christlich-germanischen" Staats und hat sich namentlich als Judenfresser eine gewisse Celebrität in der Provinz erworben. Der aber ist nicht Volksfreund, sondern Volksverführer, der auf einen rechtlichen Unterschied der Confessionen dringt und irdische Privilegien als Lockspeise und Glaubensprämie einer herrschenden Kirche auswirft. — Uebrigens erklärt Herr Klee, daß er durch die Stürme dieses Frühlings von seinen vorsündfluthlichen Ansichten durchaus nicht bekehrt worden; gegenüber der uns nun verliehenen freisinnigen Verfassung könnte ich aus diesem Bekenntnisse sehr malitiöse und für Herrn Klee sehr verfängliche Folgerungen ziehen, unterlasse es jedoch, da es mir um Persönlichkeiten nicht zu thun ist.

Dr. R. Löwenthal.

*) Meine seit dem Juli für diese Zeitung gelieferten Beiträge sind sämmtlich mit * bezeichnet.

In der Beilage zur Posener Zeitung vom 2. December heißt es in einem Artikel aus Grätz:

„Er hatte Recht, denn es stand der Genuß von 1200 Thalern auf dem Sp...
und zu seinem Schutz erwartete er preußisches Militair.

Dieses kam, einzelne wurden krank, starben, und er, der Prediger, der Seelensorger, weigert sich, seine Schützer unentgeldlich zu Grabe zu geleiten &c."

Auf diese Anzeige sehe ich mich verpflichtet zu erwidern, daß die dem Prediger Fischer gemachte Beschuldigung ganz ungegründet ist, indem der Prediger Fischer, meiner Aufforderung, einen hier gestorbenen Soldaten des 5. Infanterie-Regiments zur Ruhe zu geleiten, mit der größten Bereitwilligkeit und ohne dafür das Geringste zu verlangen, genügt hat.

Bei der Beerdigung der später hier gestorbenen Soldaten, hat der Prediger Fischer keine Aufforderung zur Grab-Geleitung von Seiten des Militairs erhalten, hat also auch nicht zugegen sein können.

K.-Q. Grätz, den 6. Dezember 1848.

von Rohr, Rittmeister und Eskadron-Chef.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 10. December c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Candidat Wönig.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Pred Bork.
Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nachm.: Herr Pred. Post.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 1. bis 7. December:
Geboren: 6 männl., 4 weibl. Geschl. Gestorben: 11 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 5 Paar.

Marktbericht. Posen, den 6. December.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 14 Sgr. 5 Pf., auch 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf.; Roggen — Rtlr. 21 Sgr. 5 Pf., auch — Rtlr. 26 Sg. 8 Pf.; Gerste 22 Sgr. 3 Pf. auch — Rtl. 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 13 Sgr. 4 Pf., auch 15 Sgr. 7 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 22 Sgr. 3 Pf., auch — Rtlr. 24 Sgr. 5 Pf.; Erbsen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. auch 22 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.

Posen, den 8. Dec. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80 % Tralles unverändert $11\frac{1}{2}$ Rthlr. bis $11\frac{2}{4}$ Rthlr.

An die Posener Deutschen.

Laß't doch das Reimemachen bleiben
Und alles Hadern endlich ruh'n;
Wer wird sich stets an Andern reiben,
Hat Jeder nicht mit sich zu thun?

Sczierba.